

Ä1 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Lisa Saalfrank (KV Hof)

Redaktionelle Änderung

Der Antragstext enthält verschiedene grammatikalische und orthographische Fehler. Hier die Begründungen der Einzelfälle in der Reihenfolge, in welcher die Fehler im Text vorkommen:

1. "der Bürgerinnen und Bürgern" -> grammatikalisch nicht korrekt. Entweder ersetzen durch "der Bürgerinnen und Bürger" oder wohl besser, da allgemein so im Abschnitt verwendet durch "**der Bürger*innen**"
2. "stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und unabhängigen Aussteigerhilfe und Beratungsstellen" -> grammatikalisch nicht korrekt, ersetzen durch "stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und unabhängigen Aussteigerhilfen und Beratungsstellen"
3. "eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schule" -> erfordert die Pluralform, ersetzen durch "eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen"
4. "Jede und jeder einzelne von uns" -> Einzelne seit Rechtschreibreform von 2004 groß. Entweder ersetzen durch "Jede und jeder Einzelne" oder besser "**Jede*r Einzelne**"
5. Fehlendes Leerzeichen zwischen "Computerkriminalität" und "werden"
6. "damit steigt auch die Gefahr, dass es zu lebensgefährlichen Missbrauch kommt" -> erfordert den Dativ, gegeben ist Akkusativ. Ersetzen durch "damit steigt auch die Gefahr, dass es zu lebensgefährlichem Missbrauch kommt"
7. "Auch gegen illegale Waffen gehen wir mit einer engen europäischen Zusammenarbeit und verstärkte Ermittlungsteams im Darknet vor." -> grammatikalisch nicht korrekt, ersetzen durch "Auch gegen illegale Waffen gehen wir mit einer engen europäischen Zusammenarbeit und verstärkten Ermittlungsteams im Darknet vor."
8. "guten Arbeit von Rettungsdiensten und Feuerwehr" -> erfordert die Pluralform. Ersetzen durch "guten Arbeit von Rettungsdiensten und Feuerwehren"
9. "Internationaler Terror, aber auch andere aktuelle und gefährliche Kriminalitätsformen kann Bayern nicht alleine in den Griff bekommen." -> grammatikalisch nicht korrekt. "Terror" ist in diesem Satz das Objekt, erfordert daher den Akkusativ. Ersetzen durch "Internationalen Terror, aber auch andere aktuelle und gefährliche Kriminalitätsformen kann Bayern nicht alleine in den Griff bekommen."
10. "Die Beobachtung der Organisierten Kriminalität und der Cyber-Kriminalität **werden** an die Polizei umverlagert." -> Das Subjekt "Die Beobachtung" ist in der Singularform, das verknüpfte Prädikat "werden" in der Pluralform. Ersetzen durch "Die Beobachtung der Organisierten Kriminalität und der Cyber-Kriminalität **wird** an die Polizei umverlagert."
11. "Polizistinnen und Polizisten" ist zwar nicht falsch, da im Antragstext bisher jedoch so gehandhabt aber Vorschlag einer Änderung zu "**Polizist*innen**".

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 33 bis 34:

bei der Bayerischen Polizei einrichten, die u.a. Anzeigen der ~~Bürgerinnen und Bürgern~~Bürger*innen

In Zeile 81 einfügen:

unabhängigen Aussteigerhilfenn

In Zeile 83 einfügen:

Schulenn

In Zeile 103:

~~Jede und jeder einzelne~~Jede*r Einzelne

In Zeile 122 einfügen:

Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität_

In Zeile 132:

auch die Gefahr, dass es zu lebensgefährlicheram

In Zeile 142 einfügen:

engen europäischen Zusammenarbeit und verstärktenn

In Zeile 162 einfügen:

Arbeit von Rettungsdiensten und Feuerwehrenn

In Zeile 169:

Internationaleerfn

In Zeile 188:

Beobachtung der Organisierten Kriminalität und der Cyber-Kriminalität ~~werden~~wird

Von Zeile 203 bis 204:

rechtsstaatlich und zielgerichtet. Sicherheit wird nicht nur durch ~~Polizistinnen und Polizisten~~Polizist*innen

Begründung

Ausschließlich redaktionelle Änderungen aufgrund orthographischer oder grammatikalischer Fehler im Antragstext.

Ä2 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 30 bis 31:

Verbrechensbekämpfung, aber insbesondere auch bei der Verhütung von Straftaten. Dafür muss der Beruf als Polizist*in aber auch wieder attraktiver werden für junge Menschen. Darum werden wir die Erschwerniszulage und den Ausgleich für Dienst an Feiertagen erhöhen, Beförderungsmöglichkeiten überprüfen und wo es sinnvoll ist erweitern, ~~Wir~~ verbessern die Aus- und Fortbildung, ~~ebenso~~ und die Ausgestaltung von

Begründung

erfolgt mündlich

Ä3 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 72 bis 81:

den Rassismus, kümmern. Wir ~~richten u.a. erarbeiten ein bayerisches Demokratiefördergesetz, in dessen Rahmen wir~~ eine „Koordinierungsstelle Demokratie“ ~~bei der Staatsregierung einrichten~~, die das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ~~über alle Ebenen hinweg~~ unter Einbeziehung aller Ebenen gemeinsam koordiniert und sensibilisiert und sich mit der Zivilgesellschaft vernetzt. Wir stehen an der Seite unserer starken Zivilgesellschaft, die sich für unseren Staat und die Gesellschaft einsetzt. ~~Es~~ Dieses Gesetz braucht ~~ein Landesprogrammes~~ zur Stärkung der Zivilgesellschaft, ~~Antidiskriminierungsstelle; Antidiskriminierungsstellen, Beratungsstellen und Ausstiegshilfen, damit ihnen ohne großen bürokratischen Aufwand und unabhängig vom Wohlwollen der derzeitigen Staatsregierung ein unabhängiges Arbeiten garantiert wird und~~ die Überarbeitung des Handlungsprogramms gegen Rechtsextremismus ~~und stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen und unabhängigen Aussteigerhilfe und Beratungsstellen.~~

Ä4 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 43:

Terror schützt. Symbolische oder populistische Maßnahmen brauchen wir nicht, dafür aber endlich eine einheitliche und eindeutige Definition des Begriffs Gefährder

In Zeile 47:

überwacht – dafür **braucht** gibt es genug Personal, es wird nur noch zu oft an den falschen Stellen eingesetzt. Es gibt in Bayern so viele Polizist*innen wie noch nie. Es ist für knapp 42000 Beamt*innen möglich alle 16 Gefährder*innen in Bayern engmaschig zu überwachen Das bringt konkret mehr Sicherheit

Begründung

erfolgt mündlich

Ä5 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 140 bis 141:

im Besitz von Privatpersonen ~~und~~, strengere Anforderungen an die Zuverlässigkeit der
Waffenbesitzer*innen und einheitliche Standards zur Deaktivierung von Dekorationswaffen ein. Auch
gegen illegale Waffen gehen wir mit einer

Ä6 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 167 einfügen:

Eindämmung eines übermäßigen Alkoholkonsums. Nach Unfällen herrscht nach der Änderung der Straßenverkehrsordnung oftmals Unklarheit darüber, wie, wann und wie lange eine Rettungsgasse zu bilden ist. Das Ergebnis ist, dass die Einsatzkräfte nicht so schnell wie möglich zur Einsatzstelle kommen können. Darum wollen wir die Bürger*innen über das richtige Verhalten nach einem Unfall gezielt informieren und entlang den bayerischen Autobahnen nach österreichischem Vorbild Tafeln aufstellen.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä7 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 171 löschen:

brauchen eine länderübergreifende Polizei- und Sicherheitspolitik: Innerhalb

In Zeile 190:

wir ~~in seiner derzeitigen Form abschaffen~~ reformieren und wieder stärker an die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit binden

Begründung

erfolgt mündlich

Ä10 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 34 bis 37:

Bürgern online entgegennimmt. ~~Wir führen eineN unabhängigeN PolizeibeauftragteN ein, an die sich Bürger*innen genauso wie Polizeibeamt*innen wenden können. Wir starten ein Modellprojekt für die individuelle Kennzeichnung für Polizeibeamt*innen.~~ Wir führen eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n ein, an die sich Bürger*innen genauso wie Polizeibeamt*innen wenden können. Zudem richten wir eine unabhängige Ermittlungsstelle ein, an die sich alle beim Verdacht von Straftaten durch Polizist*innen wenden können und führen eine flächendeckende Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen durch eine anonyme Nummernkennzeichnung ein. So stärken wir das Vertrauen der Menschen in die Polizei.

Ä11 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 91:

von Neonaziparteien ~~prüfen wir~~ und ~~neue rechtsextreme~~ rechtsradikalen Gruppierungen wie der
”Identitären Bewegung” oder ”Pegida München e.V.” prüfen wir. Insbesondere müssen neue rechtsradikale
Gruppierungen und Parteien, vor allem auch die AfD, von

Ä12 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 167 einfügen:

Eindämmung eines übermäßigen Alkoholkonsums. Die kürzlich im Bund beschlossene Verschärfung des Strafrechtes, die Einsatzkräften einen mit hoher Strafandrohung verbundenen Sonderschutzstatus zubilligt, halten wir nicht für geeignet, für einen besseren Schutz von Einsatzkräften zu sorgen. Wir setzen uns deswegen für ihre Rückgängigmachung ein.

Ä14 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt
Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 40:

~~Islamistische und rechte~~ Politisch oder ideologisch motivierte Terroristen ~~begehen Straftaten. Sie~~ töten und verletzen willkürlich

Begründung

Eine Einschränkung auf nur zwei Arten von Terrorismus greift zu kurz. Jede Art von Angriff auf unsere Freiheit, Infrastruktur und die Gesundheit oder das Leben der Bürger ist zu verurteilen und zu bekämpfen.

Ä13 Die Freiheit sicher machen

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 139 einfügen:

Waffenhandels, ein Verbot besonders gefährlicher halbautomatischer Schusswaffen und Kurzwaffen

Begründung

Kurzwaffen sind bei Amokläufen und Straftaten mit schweren Verletzungen oder Tod die meist geführten Waffen, da sie sich leicht verstecken, transportieren und beschaffen lassen. Daher sind Kurzwaffen für Privatpersonen zu verbieten. Auch Jäger benötigen diese nicht, auch wenn das oft behauptet wird, denn ein Fangschuss um verletztes Wild zu erlösen geht genauso tierschutzgerecht mit einer Langwaffe. Für Sportschützen müsste es Sonderregelungen geben. Dennoch muss sichergestellt sein, dass keine Waffen außerhalb der Sportstätten oder außerhalb des Transports zwischen Sportstätten geführt oder transportieren werden dürfen.

Ä1 Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen!

Antragsteller*in: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 104 einfügen:

Bayern Heimat bleibt!

Die Grünen müssen sich vehement gegen die Ausweisung von Gewerbeflächen im Ballungsraum München einsetzen, um noch eine Chance zu haben, den dramatischen Fehlbestand an Wohnungen abzubauen zu können und den Verkehr und die Schadstoffbelastung nicht immer noch unerträglicher werden zu lassen.

Begründung

Im Ballungsraum München ist die Balance zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum so gestört, daß es inzwischen rund 800.000 Pendler und mindestens 300.000 Fernpendler gibt. Für Durchschnittsverdiener sind als Folge des Mangels Wohnungen unbezahlbar geworden. Die Straßen nach München sind stundenlang bei Arbeitsbeginn und Arbeitsende regelmäßig verstopft. Trotzdem wirbt die Stadt München weiterhin weltweit für den Wirtschaftsstandort München und weist weiterhin Gewerbeflächen aus während in anderen Gegenden, insbesondere in den Neuen Bundesländern Arbeitsplätze dramatisch fehlen und ein Million Wohnungen leer stehen.

Ä1 Urwahl zum Spitzenduo zur Landtagswahl 2018

Antragsteller*in: Manfred Hierdeis (KV Fürth-Stadt)

Änderungsantrag zu A3

In Zeile 22 einfügen:

Urabstimmungsordnung der Landesausschuss.

Der Bewerbungsschluss für die Spitzenkandidatur ist so zu setzen, dass die Listenaufstellung der Bezirke voraussichtlich abgeschlossen sein wird. Sollten einzelne Bezirke keine aufstellende Versammlung vor dem 1. März angesetzt haben, kann der Bewerbungsschluss auf einen Termin nach dem 1. März festgelegt werden.

Begründung

Bei der Urwahl zur Bundestagswahl hat sich gezeigt, dass über potenzielle Kandidat*innen diskutiert wurde, von denen nicht einmal klar war, ob und wenn ja an welcher Position sie für ihren Landesverband in die Bundestagswahl gehen werden, da die meisten Landeslisten zum Bewerbungsschluss noch nicht aufgestellt waren.

Um diese unglückliche Situation bei der Urwahl zum Landtag zu vermeiden, sollte beim Bewerbungsschluss für die Spitzenkandidatur zum Landtag bereits feststehen, wie die Bezirkslisten aussehen.

Dies auch um bei den Spitzenkandidat*innen der Bezirke nochmal Werbung dafür machen zu können, sich für die Spitzenkandidatur des Landesverbandes zur Verfügung zu stellen.

Ein erneutes Debakel wie bei der Urwahl zur Bundestagswahl sollten wir vermeiden, da es unserem Ansehen als basisdemokratischer Partei schadet, wenn mit großem Aufwand eine Urwahl betrieben wird, bei der zumindest auf einer Position keine Auswahl vorhanden ist.

Ä2 Urwahl zum Spitzenduo zur Landtagswahl 2018

Antragsteller*in: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A3

In Zeile 5 einfügen:

in einer basisdemokratischen Wahl von allen Mitgliedern unserer Partei bestimmt

Zur Wahl als bayerische Spitzenkandidaten können sich nur die gewählten Spitzenkandidaten der Bezirkslisten stellen

Begründung

Gleiche Begründung wie bei Ä1

Ä3 Urwahl zum Spitzenduo zur Landtagswahl 2018

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu A3

In Zeile 5:

in einer basisdemokratischen Wahl von allen Mitgliedern ~~unserer Partei~~ des Landesverbands Bündnis
90/Die Grünen Bayern

Begründung

Damit legen wir präzise fest, wer an der Urwahl teilnehmen darf.

Ä1 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: Michael Mittag (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu A4

In Zeile 46:

- Neue Angebotsformen – ~~Mobilitäts-App~~ Digitale Informationen

Von Zeile 52 bis 54:

ist. ~~Dafür muss in die App ‚bayern-fahrplan.de‘ die Buchung von Rufbussen, die automatische Suche nach Mitfahrgelegenheiten von flinc oder ähnliches sowie Car-Sharing-Angebote integriert werden~~ Dafür soll eine digitale Information (z.B. eine APP) unter anderem die Buchung von Rufbussen, die automatische Suche nach Mitfahrgelegenheiten sowie Car-Sharing-Angebote enthalten

In Zeile 108:

Anschlussicherung bereitstellen, die in einer bayernweiten ~~Mobilitäts-App~~ digitalen Information

Begründung

Es ist technisch nicht unbedingt sinnvoll, eine APP für solche Informationen zu verwenden. Mit einer neutralen Formulierung erhält man sich ohne Änderung des Inhalts auch andere Umsetzungsmöglichkeiten (z.B. mehrere APPS oder eine Webanwendung). Die Überschrift muss dann geändert werden, wenn die Änderung angenommen werden sollte.

Ä2 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: Benni Adjei (KV München-Land), Sophie Harper (KV München-Stadt), Leander Hirschsteiner (KV München-Stadt), Philip Montasser (KV München-Stadt), Antonia Bielefeld (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 100 bis 101:

~~Wir wollen eine landesweit einheitliche Regelung für die kostenlose Mitnahme von Kindern sowie ein bezahlbares und landesweit gültiges Jugend- und Azubiticket.~~ Jugendlichen unter 18 Jahren, sowie jungen Menschen bis 28, die sich noch in Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung) befinden, wollen wir den kostenfreien Zugang zum Personennahverkehr ermöglichen.

Begründung

Für eine erfolgreiche Verkehrswende ist es unerlässlich, dass möglichst viele Menschen vom Auto zum ÖPNV wechseln. Noch immer macht der motorisierte Individualverkehr (das Auto) ca. 80% des Personentransportes aus, mit dem kostenlosen ÖPNV für Jugendliche und junge Erwachsene beseitigen wir eine große Schwelle, die der Verkehrswende noch entgegensteht.

Im Landtagswahlprogramm 2013 haben wir bereits den generell kostenfreien ÖPNV für Jugendliche unter 18 Jahren gefordert - die Forderung im vorliegenden Antrag, Kinder (unter 15) kostenlos mitnehmen zu können, ist ein Rückschritt im Vergleich zur bisherigen Beschlusslage. Zusätzlich sollte die Kostenfreiheit aber auch für junge Erwachsene, die sich noch in Ausbildung befinden, gelten. Dadurch verstärkt sich der Gewöhnungseffekt noch, da junge Erwachsene im Gegensatz zu Jugendlichen nicht nur gelegentlich in der Freizeit, sondern regelmäßig auf dem Weg zur Ausbildungsstätte den ÖPNV nutzen. Zudem entlasten wir damit die jungen Menschen, die während ihrer Ausbildungszeit sowieso nur sehr begrenzte finanzielle Mittel haben.

Ä3 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A4

In Zeile 71 einfügen:

- **Potentiale des Radverkehrs nutzen und ausbauen**

In Zeile 76 einfügen:

Bahnhöfen und Busbahnhöfen vernetzen die unterschiedlichen Mobilitätsarten.

Die Grünen werden beantragen, 50 % der Straßenbaumittel für den Radwegbau einzusetzen bis alle Ortsverbindungsstraßen einen getrennten Rad- und Fußweg haben.

Begründung

In vielen Bereichen ist viel zu gefährlich geworden, Ortsverbindungsstraßen zu Fuß oder mit Rad zu benutzen, sodaß die Landbewohner auf ein Auto angewiesen sind. Flächendeckende Rad-/Fußwege werden schützen und auch noch den motorisierten Verkehr vermindern.

Ä5 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A4

In Zeile 45 einfügen:

umsetzbar ist. Rufbusse sind mindestens zwischen 05:30 Uhr und 23:00 Uhr anzubieten.

In Zeile 62 einfügen:

Fahrradverleihsystemen abgerundet werden. Daneben erleichtern ausreichend P+R Parkplätze für PKW und Fahrräder den komfortablen Umstieg auf den ÖPNV.

In Zeile 70 einfügen:

einen Halbstundentakt verdichten. Zusätzlich soll die Reaktivierung von ehemaligen Bahnhöfen im Umfeld um Klein- und Mittelstätte die Attraktivität des ÖPNV steigern.

In Zeile 109 einfügen:

alle leicht verfügbar sind. Ergänzt wird dies durch elektronische Abfahrtanzeigen in Echtzeit an Haltestellen auf Hauptachsen, Mobilitätsdrehscheiben und in Fahrzeugen des ÖPNV, um auch Menschen ohne Smartphones die Teilhabe an einem verbesserten ÖPNV zu ermöglichen.

Begründung

Um im ländlichen Raum auf die Öffentlichen umzusteigen brauchen die Bürger Sicherheit, dass diese zur Arbeit oder zu einem Termin kommen und anschließend wieder nach Hause.

Umstiegspunkte von Privatfahrzeugen auf den ÖPNV müssen eingeplant werden, da im ländlichen Raum auch viele kleine bis sehr kleine Siedlungen bestehen, wo ggf. ein Anfahrtsweg bis zum nächsten ÖPNV-Anschluss einkalkuliert werden muss.

Es gibt eine Vielzahl von alten Bahnhalttestellen, die gerade im stadtnahen Bereich und im Zuge einer elektrifizierung wieder reaktiviert und sinnvoll in den ÖPNV eingebunden werden können (z.B. Bahnstrecke Kempten-Neu Ulm: Haltepunkte Ursulasried und Heising oder auf der Allgäubahn: Haltepunkte Hegge und Waltenhofen).

Nicht jeder nutzt ein Smartphone und erhebliche Verbesserung ist, wenn ich schnell erkenne, wann das nächste Transportmittel kommt und wo hin es fährt. Dafür sind elektronische, fest installierte Anzeigen in Echtzeit besser geeignet, als lediglich auf Smartphone-Apps zu setzen.

Ä6 Wir bewegen ganz Bayern - Mehr öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum

Antragsteller*in: LAG Verkehr-Planen-Bauen

Beschlussdatum: 16.09.2017

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 6 bis 7:

jederzeit ein eigenes Auto ~~rund um die Uhr~~ zur Verfügung. Bayernweit kommen auf 1000 Einwohner*innen im Schnitt ~~nicht einmal~~ weniger als

Von Zeile 22 bis 24:

~~Wir wollen auch all denen Menschen, die keinen Führerschein besitzen, sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Auto fahren können, Mobilität ermöglichen.~~ Wir wollen flächendeckend attraktive, umweltfreundliche Mobilität für alle auch ohne eigenes Auto ermöglichen.

In Zeile 30 einfügen:

Wie erreichen wir dieses Ziel?

Wir wollen die Fahrt mit den „Öffentlichen“ so angenehm und einfach wie möglich gestalten.

Von Zeile 35 bis 37:

Bevölkerung abdecken. Der SPNV ist um getaktete, regionale ~~Bustlinien~~ Mobilitätsangebote, die im Stundentakt Anschluss an die Schiene herstellen, zu ergänzen. Dafür muss den kommunalen Aufgabenträgern ~~eine ausreichende finanzielle Ressource~~ ausreichend Geld vom Land zur Verfügung

In Zeile 48:

Internet macht es ~~unglaublich~~ sehr

In Zeile 60 löschen:

regionalen Busverkehrssystemen, die ~~für die letzte Meile~~ mit Car-Sharing-

In Zeile 75 einfügen:

ländlichen Raum. Gesicherte

Von Zeile 77 bis 84 löschen:

~~**Einfach besser unterwegs** Die CSU hat in Bayern nicht nur ein völlig unzureichendes ÖPNV-Angebot zu verantworten, sondern auch der Öffentliche Nahverkehr ist grottenschlecht organisiert. Das sind nicht aufeinander abgestimmte Fahrpläne, oft nicht funktionierende Anschlüsse zwischen Bus und Bahn, falsche Fahrplanauskünfte im Internet, fehlende Preisauskünfte und ein regelrechter Tarif- und Fahrkartenwirrwarr. Das wollen wir besser organisieren. Wir wollen die Fahrt mit den „Öffentlichen“ so angenehm und einfach wie möglich gestalten.~~

Von Zeile 92 bis 93:

organisiert wird. Die Umsetzung gewährleistet ein regionales Mobilitätsmanagement.

- Ein ~~Ticket~~ Fahrschein für alles

In Zeile 98 einfügen:

Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen. Wir wollen es den Landkreisen und Verbänden ermöglichen, abgabefinanzierte Bürgertickets einzuführen. Langfristig streben wir einen bayernweiten fahrscheinlosen Nahverkehr an.

In Zeile 101 einfügen:

Kindern sowie ein bezahlbares und landesweit gültiges Jugend- und Azubiticket. An allen bayerischen Hochschulen soll es ein landesweites Semesterticket geben, wie es in anderen Bundesländern bereits Realität ist.

Von Zeile 108 bis 109:

Anschlussicherung bereitstellen, die öffentlich zur Verfügung stellen. Diese Daten müssen in einer bayernweiten Mobilitäts-App in einem zentralen Portal und für alle leicht weitere Diensteanbieter diskriminierungsfrei verfügbar sind sein.

Begründung

Z. 6: redundant („jederzeit“)

Z. 7: Es würde sich ansonsten so anhören als bedauerten wir dass nicht jeder ein Auto hat.

Z. 22: Wir sollten die Alternativen zum Auto nicht als „Arme-Leute-Verkehrsmittel“ darstellen.

Z. 35: beinhaltet auch Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse u.ä.

Z. 36f: klarere Sprache

Z. 48: Umgangssprache ersetzt

Z. 60: Car- und Bikesharing kann allenfalls bei kurzen Besuchen / Erledigungen die letzte Meile überbrücken. Bei Fahrten nach Hause oder an Orte an denen man sich länger aufhält erfüllen sie diese Funktion nicht. Grund ist dass die Fahrzeuge ja an den Ausleihort (also die Haltestelle) zurückgebracht werden müssen und zeitabhängig abgerechnet werden. Die letzte Meile kann mit ihnen also regelmäßig eben gerade nicht zurückgelegt werden und wir sollten nicht diese Erwartung wecken.

Z. 75: Der Begriff „Radstationen“ allein macht nicht allen deutlich worum es vor allem geht: Sichere Abstellmöglichkeiten

Z. 83f: Der letzte Satz ist eigentlich die Kernforderung des ganzen Antrags und sollte daher an den Anfang. Der Rest ist Polemik gegen die CSU und Schlechtreden des ÖPNV. Beides ist verzichtbar. Wir wollen positiv kommunizieren.

Z. 92: in der Praxis wichtige Ergänzung

Z. 93: unnötiger Anglizismus

Auch von Grüne Jugend Bayern unterstützt:

Z. 98: Kommunen und Landkreise sollen die Möglichkeit haben, mit sog. Bürgertickets zu experimentieren. Der Verkauf und die Kontrolle von Tickets kostet viel Geld. Gleichzeitig stellt das Tarifwirrwarr ein Zugangshindernis für viele Menschen dar. Wir wollen die Nutznießer an den Kosten des ÖPNV beteiligen und ihn gleichzeitig deutlich einfacher zugänglich machen. Die kann mit einer Nahverkehrsabgabe und dem Bürgerticket erreicht werden.

Auch von Grüne Jugend Bayern unterstützt:

Z. 101: In der Überschrift werden „Studierende“ noch genannt, im Text spielen sie aber keine Rolle. Landesweite Semestertickets gibt es z.B. in den Flächenländern NRW und Hessen. Die rechtlichen Grundlagen sind in Bayern anders, dennoch sollten wir diese Forderung erheben. Ggf. müssen die rechtlichen Grundlagen eben geändert werden und/oder der Freistaat Mittel bereitstellen um die Semestertickets zu unterstützen.

Z. 108: Es geht letztlich nicht um eine Anwendung (App) sondern darum dass die VU gezwungen werden, ihre Daten bereitzustellen und aktuell zu halten. Letztlich ist hier ein Open-Data-Ansatz sinnvoller.

Ä1 Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Antragsteller*in: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Änderungsantrag zu A5

In Zeile 71:

aufzeigen. Ab ~~2030~~2025

Von Zeile 74 bis 76 einfügen:

sind. Deswegen fordern wir, die Kfz-Steuer in Deutschland in eine wesentlich höhere CO₂-abhängige Kfz-Zulassungssteuer mit Steuerfreiheit für emissionsfreie Fahrzeuge umzuwandeln.

Wir fordern des weiteren eine starke Erhöhung der Mehrwertsteuer für den Kauf fossil betriebener Kraftfahrzeuge und eine Freistellung der E-Mobile von der Mehrwertsteuer bis zum Jahr 2020.

Wir werden uns für die Verdopplung der Prämie für den Kauf von Elektroautos einsetzen, wenn stattdessen ein bestehendes Kraftfahrzeug vom fossilen Antrieb auf Elektroantrieb umgebaut wird.

Die Prämie sollte auf Fahrzeuge beschränkt werden, die vor einem solchen Prämienangebot gebaut worden sein werden, um einen zusätzlichen Anreiz zur baldmöglichsten Umstellung zu schaffen.

Um die elektrische Energie bereit stellen zu können, müssen ab sofort endlich die erneuerbaren Energien subventioniert werden. Wir haben ja bisher das Umlageverfahren, das die privaten Stromverbraucher für die erneuerbare Energie zur Kasse bittet.

Zum Beispiel gehört auf jedes geeignete Dach eine Photovoltaikanlage. Die Mittel dafür wären schon dann da, wenn endlich für Flugtreibstoff Mineralölsteuer und die volle Mehrwertsteuer erhoben werden würde. Für die Steuerfreiheit beim Flugverkehr gibt es keine vernünftige Rechtfertigung. Sie ist eine der übelsten Ausgeburten des Lobbyismus. Die dadurch erst möglichen Billigflüge samt Massentourismus in der Luft werden dadurch erst möglich und führen zu einem nicht enden wollenden weiteren Ausbau der Flughäfen und Landebahnen.

Begründung

Die Grenze für die Zulassung von fossilen Neuwagen darf nicht 2030 sein, weil die zu erwartende Entwicklung ein wesentlich früheres Datum möglich macht. Bsi 2020 werden alle Automarken perfekte Elektroautos anbieten können. Es darf nicht sein, daß dank grüner Zaghaftigkeit noch bis 2050 Dreckschleudern herumfahren dürften. Wir müssen ab sofort alles tun, um eine weitere Erderwärmung zu vermeiden. Das Klimaziel auf 2050 zu verschieben, müssten wir als kriminell anprangern. Es wird zur Unbewohnbarkeit von großen Teilen der Landmasse führen. Die Klimakatastrophen von heute geben einen Vorgechmack. Die Vorstellung das nochmals ein Grad drauf kommen soll, müßte zumindest uns Grüne zutiefst deprimieren und zum Handeln zwingen. Wir müssen mit dieser Realität in die Öffentlichkeit gehen und den Wählern klar machen, daß es eine grüne Regierungsmehrheit geben muß, wenn die Erde bewohnbar bleiben soll.

Auf jeden Fall sollte das fossil betriebene Auto mit Steuern und Subventionen wesentlich teurer werden als das E-Auto

Leider sprach bisher niemand von einem Austausch des Verbrennungsmotors durch einen ja wesentlich kleineren also leicht unterzubringenden Elektromotor, für den also viel Platz und die Technik vorhanden wäre, denn zum Beispiel die Hybriden bieten sogar für beide Motoren Platz.

Das ganze Fahrzeug zu verschrotten, ist für Menschen mit ökologischem Grundverständnis nicht verantwortbar.

Wenn wir ernst genommen werden wollen, müssen wir eine attraktive Prämie für den Austausch mit einem Elektromotor eintreten und dafür einen unausweichlichen Anreiz bieten .

Mit diesem Instrument könnte der Zug zum Verkehrswende endlich in Gang gebracht werden und bis 2020 nicht nur eine, sondern vielleicht 10 Millionen Elektroautos unterwegs sein. Da würde sogar die Bundeskanzlerin mit sich hadern, daß sie nicht selbst auf die Idee gekommen ist.

Der mittelständische Betrieb Lorey bietet die Umrüstung jedes fossil betriebenen Fahrzeugs auf Elektroantrieb an:

<http://www.lorey-maschinenbau.de/blog/elektroauto/>

Warum soll angesichts der technischen Möglichkeiten der Autoindustrie nicht zugemutet werden, das innerhalb kurzer Zeit auch anbieten zu können und damit auch noch von dem Austausch Dieselmotoren mit kriminellem Schadstoffausstoß in solche mit weniger, aber immer noch klimaschädigenden Abgasen auszutauschen.

Für Zweifler hier eine Abhandlung über die Machbarkeit des Umbaus in ein Elektroauto

<http://www.autoscout24.de/themen/elektroauto/kosten/elektroauto-umbau/?gclid=CjwKCAjwuvjNBRBPEiwApYq0z>

Ä4 Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Antragsteller*in: Thomas Gehring (MdL)

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 76 einfügen:

Vom Verbrennungsmotor zur umweltfreundlichen Mobilität Wir wollen eine vorausschauende Konversionspolitik betreiben, um im Zuge des Wegfalls des Verbrennungsmotors sowohl Arbeitsplätze als auch Unternehmen in der Automobilindustrie langfristig zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Leitlinien für eine Forschungs- und Technologiepolitik „Green Emobility“ formuliert werden, mit dem Ziel, Programme zur Erforschung von Batterien, die mit fairen Materialien hergestellt werden, zur Haltbarkeit von Batterien und zum Recycling von Batterien aufzulegen. Es gilt, eine „Kreislaufwirtschaft Batterietechnologie“ zu schaffen und die Wertschöpfungskette in Bayern zu sichern. Außerdem können wir uns in Anbetracht vielfältiger Anforderungen auf dem Mobilitätssektor nicht nur auf die Batterietechnologie beschränken, sondern müssen z.B. auch die Forschung der wasserstoffbasierten Technologie in Kombination mit Brennstoffzellen fördern.

Nach Zeile 119 einfügen:

:

Begründung

Neben der klaren Formulierung von Zielen ist es auch erforderlich, die entsprechenden Möglichkeiten der Umsetzung zu benennen. Es reicht nicht, zu sagen, was wir am Ende wollen, sondern es muss auch gesagt werden, wie wir es angehen werden. Dazu gehört die Klärung, welche Hürden es bei der Umstellung in der Autoindustrie von Verbrennungs- auf Elektromotoren zu meistern gilt, damit unser ehrgeiziger Plan nicht am Ende zu Lasten der Arbeitnehmer*innen in der Automobilbranche geht. Denn auch ihnen gegenüber tragen wir Verantwortung.

Einer der Hauptkritikpunkte an der E-Mobilität ist die z.T. auf menschenunwürdigen Arbeits-Bedingungen basierende und umweltbelastende Produktion und die Entsorgung der in sehr großen Mengen benötigten Batterien. Wir müssen klarmachen, dass wir dieses Problem nicht nur erkennen, sondern es auch beheben wollen. Es gilt daher, vermehrt in die Erforschung von Alternativen zur herkömmlichen Batterie zu investieren, sowohl was die Produktionsbedingungen, die Materialien, die Kapazität als auch die spätere Entsorgung betrifft.

Ä6 Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A5

In Zeile 71:

aufzeigen. Ab 2030 ~~sollen-alle~~darf kein Neuwagen ~~abgasfrei sein~~mehr Abgase aus fossilen Energieträgern verursachen. Das ist gut für unser

Begründung

Das Klimaproblem wird durch die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht (Öl, Erdgas etc.). Abgasfrei ist keine passende Formulierung, da dies auch mögliche Techniken ausschließt, die aus regenerativen oder klima- bzw. umweltverträglichen Energieträgern gewonnen werden oder ggf. als Übergangstechnologien sinnvoll sein können. Durch den neuen Formulierungsvorschlag ist der Antrag technologieoffen.

Ä5 Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A5

Nach Zeile 101 einfügen:

- Änderung der KFZ-Steuer, indem neben dem CO² Ausstoss auch das Gewicht des Fahrzeugs, die Lärmimmission und der Energieverbrauch je km berücksichtigt wird.

Nach Zeile 106 einfügen:

- - Regelungen zur Installation von E-Ladestationen an privaten Parkplätzen von Mietwohnungen (Vermieterverpflichtung Ladeinfrastruktur bereitzustellen).

Begründung

Die Bemessung der KFZ-Stuer ist nichtmehr zeigemäß und sollte zukünftig viele umwelt-, gesundheits- und klimarelevante Parameter berücksichtigen.

Als Mieter ist man seinem Vermieter oft hilflos ausgeliefert. Wenn dieser an mit vermieteten (Garagen-)Stellplätzen keinen Stromanschluss bereitstellt hat man als Mieter Pech gehabt und kann somit schlecht ein elektrisches Auto betreiben ohne immer gleich an öffentliche Ladesäulen zu fahren. Hier müssen gesetzliche Regelungen erlassen werden (z.B. Bauordnung), die die Vermieter und Bauherren dazu verpflichtet, eine entsprechenden Ladeinfrastruktur vorzusehen. Sonst scheidert der Umstieg auf die Elektromobilität schon an solchen banalen Dingen.

Ä7 Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Antragsteller*in: LAG Verkehr-Planen-Bauen

Beschlussdatum: 16.09.2017

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 1 bis 96:

Wir stehen vor immensen Anstrengungen, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen. Dazu müssen wir dringend die Verkehrswende hin zu einer klimafreundlichen Mobilität einleiten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen Industriestaaten wie Deutschland die Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990 senken. Doch der Verkehr fährt beim Klimaschutz hinterher. Die CO₂-Emissionen liegen im Verkehrssektor heute sogar über dem Niveau von 1990. Fast 40 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen stammen in Bayern aus dem Verkehrsbereich. Damit ist klar: Der Verkehr braucht dringend eine neue Richtung. Wir Grüne stehen für eine Mobilitätspolitik, die nicht auf das Auto fixiert ist, und die umweltfreundlichen Alternativen von Bus und Bahn sowie des Rad- und Fußverkehrs stärkt. Denn Elektrobusse, weniger Staus und mehr Radfahrer*innen machen die Stadtluft sauberer.

Verbrennungsmotoren verursachen aber nicht nur den Klimakiller CO₂, sondern sie stoßen auch für den Menschen giftige Abgase aus – gefährliche Stickoxide. In vielen deutschen Städten ist die Luft stark mit gesundheitsschädlichem Stickoxid (NO_x) belastet, 67 % dieser Emissionen werden dabei von Diesel-PKWs verursacht. In Bayern betrifft das ganz besonders die Stadt München, aber auch Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Regensburg liegen über den zulässigen Schadstoffgrenzwerten. Damit verstoßen Bayern und Deutschland seit Jahren gegen europäisches Recht. Die Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die Grenzwerte für Stickoxide eingehalten werden. Nur so können europäisches Recht eingehalten und gerichtlich verordnete Fahrverbote noch abgewendet werden.

Gesundheit schützen – Blaue Plakette einführen Ein Großteil der innerstädtischen Stickoxidemissionen stammt aus den Dieselabgasen, die nicht den Herstellerangaben entsprechen, sondern durch illegale Abschaltvorrichtungen und vorsätzlichen Betrug die Luft in unseren Städten belasten. Die gesundheitliche Beeinträchtigung von vielen Menschen ist damit billigend in Kauf genommen worden. Doch die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger muss über den Geschäftsinteressen der Automobilhersteller stehen. Die von der Automobilindustrie angebotenen Softwareupdates reichen bei Weitem nicht aus. Die nächste Bundesregierung muss deshalb die Einführung der Blauen Plakette ermöglichen. Denn die Städte brauchen ein wirksames und bundesweit einheitliches Instrument, um den Straßenverkehr zum Schutze der Gesundheit zu regulieren und generelle Fahrverbote zu vermeiden.

Dieselskandal schonungslos aufklären Die für den Dieselskandal Verantwortlichen in den Konzernspitzen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir GRÜNE werden uns nicht damit abfinden, dass Abgasvorschriften für Pkw nur auf dem Prüfstand eingehalten werden. Sowohl die schon im Betrieb befindlichen als auch entsprechende Neufahrzeuge müssen die Grenzwerte auf der Straße einhalten. Die Autoindustrie muss auf ihre Kosten Fahrzeuge wirkungsvoll nachrüsten. Da das Kraftfahrtbundesamt als Kontrollorgan versagt hat, fordern wir eine unabhängige Institution, die in das Umweltbundesamt integriert ist und mit wirksamen Kontrollen auch für die Einhaltung der Grenzwerte auf der Straße garantiert. Der Dieselskandal offenbart, wie die Bundesregierung, allen voran CSU-Bundesverkehrsminister Dobrindt über Jahre die Manipulationen in der Automobilindustrie mitgetragen haben. Auf fahrlässige Weise hat der Bund die gesundheitlichen Gefahren, die von Diesel-Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr ausgehen verharmlost und die Kommunen im Stich gelassen. Das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium hat den Betrug der Autokonzerne an Umwelt und Verbraucher*innen gedeckt und vertuscht. Die politische Verantwortung dafür muss der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode schonungslos aufklären. Die Politik darf das Geschehene nicht einfach so unter den Teppich kehren. Der Staat muss durch neue Rechtsschutzmöglichkeiten gewährleisten, dass die von den

Abgasmanipulationen betroffenen Autokäufer*innen ihr Recht auf Schadensersatz zusammen durchzusetzen können. Gruppenklagen müssen daher angesichts der drohenden Verjährung umgehend zugelassen werden. **Verantwortung für Klima und Automobilstandort** Wir GRÜNE tragen Verantwortung für den Klimaschutz und die Arbeitsplätze am Automobilstandort Bayern. Auch bei der Realisierung der von uns geforderten Verkehrswende wird das Auto ein wichtiges Fortbewegungsmittel bleiben, gerade im ländlichen Raum. Das bisherige Geschäftsmodell der Deutschen und Bayerischen Automobilindustrie — der Verkauf von Fahrzeugen mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor — steht auf wackeligen Füßen. In Europa werden von Norwegen über die Niederlande und Großbritannien bis Österreich gesetzliche Auslaufdaten für Verbrennungsmotoren diskutiert. In Norwegen liegt der Marktanteil von Elektroautos schon heute bei 23 Prozent. Bei der Herstellung von Elektromobilitätsfahrzeugen und Batterien verfügen China, Japan und die USA bereits über einen großen Vorsprung. Die Automobilindustrie und der Verbrennungsmotor hat Arbeitsplätze und Wohlstand für Bayern gebracht, doch wer die Zeichen der Zeit nicht richtig erkennt und handelt, der setzt diese in der Zukunft aufs Spiel. Wir wollen verhindern, dass Ingolstadt oder Dingolfing das „Detroit von morgen“ werden. Noch können wir Vorreiter für die ökologische Modernisierung werden. Deshalb wollen wir jetzt der Automobilindustrie klare Rahmenbedingungen aufzeigen. Ab 2030 sollen alle Neuwagen abgasfrei sein. Das ist gut für unser Klima und rettet die deutsche Autoindustrie. Wir wollen Kaufanreize schaffen, die für die öffentliche Hand aufkommensneutral sind. Deswegen fordern wir, die Kfz-Steuer in Deutschland in eine CO₂-abhängige Kfz-Zulassungssteuer mit Steuerfreiheit für emissionsfreie Fahrzeuge umzuwandeln.

Saubere Luft in lebenswerten Städten Nicht alle Verkehrsprobleme der Großstädte lassen sich allein unter der Motorhaube lösen. Neue Umgehungsstraßen werden nicht besser, wenn zukünftig Elektroautos darüber rauschen. Die Staus auf hoch belasteten Einfallstraßen lösen sich durch Elektroautos nicht in Luft auf und in unseren eng bebauten Städten nehmen die parkenden Autos viel zu viel des knappen öffentlichen Raums in Anspruch. Gerade die Menschen in den Städten leiden unter den negativen Folgen des Autoverkehrs. In urbanen Gebieten lässt sich Mobilität auch jenseits vom eigenen Auto intelligent und effektiv organisieren. Der beim Dieseltreffen vereinbarte Fonds von einer Milliarde Euro für die besonders von Luftverschmutzung belasteten Städte reicht nicht aus. Einmalige Geldspritzen lösen die Probleme der Städte nicht. Was wir brauchen, sind verbindliche Maßnahmen für klimafreundliche Mobilität und saubere Luft in den Städten. Wir wollen eine Investitionsoffensive in klimafreundliche Mobilität starten mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“: Eine Milliarde Euro jährlich für den Ausbau des Nahverkehrs. Wir Grüne stehen für eine Mobilitätspolitik, die weniger auf das Auto fixiert ist, und die umweltfreundlichen Alternativen von Bus und Bahn sowie des Rad- und Fußverkehrs stärkt. Denn Elektrobusse, weniger Staus und mehr Radfahrer*innen machen die Stadtluft sauberer.

Nach Zeile 99 einfügen:

- die konsequente Aufarbeitung des Dieselskandals sowie die Entschädigung der Betroffenen
- zusätzlich

Begründung

Wir fänden einen kurzen knackigen Forderungskatalog zum Thema „wie es jetzt weitergehen soll“ sinnvoller. Daher sollte nur der letzte Teil des Antrags erhalten bleiben. Dies könnte ggf. auch in der Presse als Resolution der LDK Interesse finden. Langatmige Ausführungen zum Dieselskandal brauchen wir nicht mehr. Auch dass die Grünen sich als Retter der Autoindustrie sehen, hat die Bundespartei im Wahlkampf ja ausreichend deutlich gemacht. Wir sind der Ansicht, dass grüne Mobilitätspolitik nicht mehr vom Ansatz des Retten-Wollens der Autoindustrie gedacht und verkauft werden sollte. Durch die Ergänzung in Zeile 100 wird die Position zum Dieselskandal auch in der „Kurz-Version“ des Antrags deutlich.

Z. 93: eher redaktionell

Z. 101: eher redaktionell

Ä5 Nachhaltig leben und wirtschaften in den bayerischen Alpen

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A6

In Zeile 75 löschen:

- Produkts "Urlaub auf dem Bauernhof".

In Zeile 82:

- Wirksame Reduzierung des Wildverbisses. ~~Stopp von Kahlschlägen.~~
- Änderung des Bayerischen Waldgesetz, damit unerlaubte Kahlschläge bußgeldbewährt werden und nur in begründeten Ausnahmefällen nach Antrag des Waldbeizters von der unteren Forstbehörde bewilligt werden können.

Begründung

Kahlschläge sind bereits gemäß BayWaldG verboten. Da dies jedoch nicht bußgeldbewährt ist zeigt das Verbot keine effektive Wirkung. Es muss ein angemessenes Bußgeld mit Abschreckwirkung eingeführt werden (z.B. bis zu 10.000 € je Hektar Kahlschalgsfläche). Es muss jedoch eine Option bestehen, dass nach Antrag und Genehmigung durch die untere Forstbehörde Ausnahmen möglich sind, da es auch forstliche Situationen gibt, bei denen ein Kahlschlag nötig ist um die entsprechende Verjüngung von Lichtbaumarten einleiten zu können (z.B. Eichenkultur). Hier ist auch der Vergleich mit Österreich interessant, wo ein Hieb zuvor vom staatlichen Förster genehmigt werden muss.

Ä4 Nachhaltig leben und wirtschaften in den bayerischen Alpen

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A6

In Zeile 75 löschen:

- Produkts "Urlaub auf dem Bauernhof".

In Zeile 82:

- Wirksame Reduzierung des Wildverbisses. ~~Stopp von Kahlschlägen.~~
- Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes: Jagdpachtflächen je Pächter dürfen bei Neuverpachtungen im Flachland maximal 500 Hektar und im Hochgebirge maximal 1.000 Hektar betragen.
- Die Jagdzeiten des Schalenwilds soll an wildbiologische Gesichtspunkte angepasst werden.
- Stopp von Kahlschlägen.

Begründung

Hemmnisse bei der effektiven Bejagung sind oft die zu großen Jagdreviere. So ist es keine Seltenheit, dass ein Jagdpächter mehrere tausend Hektar am Stück pachtet. Solche Flächengrößen sind nicht effektiv jagdlich bewirtschaftbar und machen sie zum Privileg weniger, denn nur finanzkräftige Jäger können sich den Jagdpachtzins für solch große Reviere leisten.

Ä3 Nachhaltig leben und wirtschaften in den bayerischen Alpen

Antragsteller*in: KV Augsburg-Stadt

Beschlussdatum: 28.09.2017

Änderungsantrag zu A6

In Zeile 75 löschen:

- Produkts "Urlaub auf dem Bauernhof".

In Zeile 109 einfügen:

- Strecken. Einrichtung zusätzlicher Haltepunkte bzw. Reaktivierung ehemaliger Haltepunkte, insbesondere in Einzugsbereichen von Klein- und Mittelstädten. Gute Busverbindungen zwischen den Städten mit engen Takten.

Begründung

Es gibt eine Vielzahl ehemaliger Bahnhaltepunkte die sich im Rahmen einer Elektrifizierung wieder reaktivieren lassen und so schnell die Attraktivität des Bahnverkehrs steigern können.

Ä1 Finanzierung des geistlichen Führungspersonals der Kirchen (u.a. Bischöfe) durch den Staat beenden!

Antragsteller*in: Landesvorstand, Ulrike Gote (Mdl)

Titel

Ändern in:

Verfassungsauftrag zur Ablösung der direkten Staatsleistungen für die christlichen Kirchen entschlossen umsetzen

Begründung

Neuer Titel, der auf die zwingende Begründung für die Antragstellung verweist: Bei der Ablösung der direkten Staatsleistungen handelt es sich um einen Verfassungsauftrag, der sich im Übrigen auch so in der Beschlusslage von Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene wiederfindet.

In der ursprünglichen Begründung des A7 werden zudem folgende Änderungen vorgenommen:

Am Ende des drittletzten Absatzes der Begründung wird folgender Satz zur Klarstellung angefügt: "Diese Zahlungen sind nicht von der Ablösung der direkten Staatsleistungen betroffen."

Der vorletzte Absatz der Begründung wird gestrichen, weil es im Antrag nicht um die Frage geht, ob die Kirchen zuviel Staatsgelder erhalten sondern schlicht um die Umsetzung eines Verfassungsauftrages.

Ä1 Kein überdimensionierter Netzausbau; zurück zum Parteiratsbeschluss vom März 2015

Antragsteller*in: Landesvorstand, Ludwig Hartmann (MdL), Martin Stümpfig (MdL)

Titel

Ändern in:

Stromtrassen in öffentliche Hand legen

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 1 bis 13:

A. Wir beantragen, dass die Delegierten, MdB's und MdL's von Bündnis 90 / Die Grünen den geplanten Netzausbau, sowohl mit HGÜ-Trassen, als auch mit 380 kV Leitungen neu bewerten. (Die neue Thüringer Strombrücke und der bayerische Südostring sichern bereits jetzt die Energieversorgung in Bayern!!!).

B. Stromtrassen sind Bestandteil der Basis-Infrastruktur. Sie sind zu behandeln wie Straßen, Schienenwege und Wasserleitungen. Wir stehen als Grüne dafür, dass diese Infrastrukturen öffentlich sind und nicht abhängig von privaten Konzerninteressen. Notwendig dafür ist eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Energieleitungsausbaugesetzes. Wir beantragen, dass dazu der Bundesbedarfsplan überprüft und geändert wird.

Deswegen bitten wir die Delegierten, sich erneut für den Parteiratsbeschluss vom März 2015 auszusprechen und für diesen öffentlich einzutreten. (siehe Anhang) Stromtrassen sind Bestandteil der Basis - Infrastruktur. Sie sind zu behandeln wie Straßen, Schienenwege und Wasserleitungen. Wir stehen als Grüne dafür, dass diese Infrastrukturen öffentlich sind und nicht abhängig von privaten Konzerninteressen. Notwendig dafür ist eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Energieleitungsausbaugesetzes. Wir beantragen, dass dazu der Bundesbedarfsplan überprüft und geändert wird.

Begründung

Begründung der neuen Überschrift:

Die Überschrift wird auf den verbleibenden Kern des Antrags angepasst. Auch wir sehen die Stromversorgung und die Versorgungssicherheit als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und unterstützen daher die Forderung, dass die Infrastruktur des Übertragungsnetzes in eine Form mit größtmöglicher staatlicher Beteiligung übergeführt wird.

Begründung zur Streichung des ersten Absatzes im Antragstext:

Wir Grüne führen die Debatte über neue Stromleitungen seit über drei Jahren intensiv, fundiert und leidenschaftlich. Nach dem Parteiratsbeschluss vom März 2015 haben wir uns im Oktober 2015 auf einer Landesdelegiertenversammlung nochmal ausführlich mit dem Zusammenhang von Kohleausstieg, Energiewende, Ausbau Speicher und Netzausbau beschäftigt und dort mit sehr großer Mehrheit einen Antrag beschlossen. Die Landtagsfraktion hat einen eigenen Kongress zum Thema Netzausbau durchgeführt, bei der einen ganzen Tag und in vier Workshops verschiedenen Aspekten nachgegangen wurde.

Alle Argumente die in der Begründung des Antrags A8 aufgeführt werden sind nicht neu. Diese Argumente (Verhältnis zur dezentralen Energiewende, internationaler Stromhandel, Aarhus-Konvention, Kosten, Erdverkabelung) diskutiert die Partei seit Jahren auf verschiedenen Ebenen. Auch dieses Jahr im Februar

beim regionalen Energiekongress in Schwandorf wurde der Netzausbau thematisiert. Weiterhin wurde der Netzausbau beim diesjährigen Energiekongress der Fraktion im Landtag mehrfach angesprochen. Von mehreren Referenten wurde betont, dass ein angemessener Netzausbau, den Bedarf für Speichersysteme und Windräder senkt.

Es gibt keine wesentliche neue Entwicklung seit unserer Beschlussfassung vor zwei Jahren. Die Politik der Staatsregierung, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern in vielfältiger Weise blockiert (nur als ein Beispiel: die 10H-Regelung) führt dazu, dass die Versorgungssicherheit in Bayern verschlechtert wird.

Viele Kritikpunkte an der Netzausbauplanung haben wir in unserem LDK-Beschluss 2015 bereits aufgenommen und die Forderung nach maximaler Transparenz, Berücksichtigung der Speichertechnologieentwicklung und Bürgerbeteiligung – auch bei der Entscheidung ob Erdkabel oder Freileitung – sind dort explizit genannt.

Daher halten wir es für sinnvoller, wenn wir Grüne uns jetzt den aktuellen Herausforderungen der Energiewende stellen. Mit AfD und FDP sind nun zwei Parteien in den Bundestag eingezogen, die offen gegen die Energiewende arbeiten. Ihnen entgegenzuwirken und zusätzlich die faktische Blockadepolitik der alten GROKO zu überwinden, ist Aufgabe genug.

Begründung zur Streichung des letzten Satzes im Antragstext:

Die Streichung ergibt sich zum einen daraus, dass er mit der inhaltlichen Frage, ob Stromtrassen öffentlich oder privat sein sollen, nichts zu tun hat.

Sie ist zudem angezeigt, weil der mit großer Mehrheit gefällte LDK-Beschluss vom Oktober 2015 in der Sache umfassender, detaillierter und exakter ist.

Drittens ergibt sich die Streichung daraus, dass es widersprüchlich ist, wenn im Ursprungsantrag einerseits eine Neubewertung gefordert wird, im letzten Satz aber eine Rückkehr zur inhaltlichen Bewertung in einem noch älteren Beschluss erfolgen soll.

Ä2 Kein überdimensionierter Netzausbau; zurück zum Parteiratsbeschluss vom März 2015

Antragsteller*in: Kreisverband Neustadt/Waldnaab

Beschlussdatum: 28.09.2017

Titel

Ändern in:

Kein überdimensionierter Netzausbau

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 10 bis 13 löschen:

beantragen, dass dazu der Bundesbedarfsplan überprüft und geändert wird.

~~Deswegen bitten wir die Delegierten, sich erneut für den Parteiratsbeschluss vom März 2015 auszusprechen und für diesen öffentlich einzutreten. (siehe Anhang)~~

Begründung

...; zurück zum Parteiratsbeschluss vom März 2015 (streichen)

Zeile 11- 12 streichen

In der Begründung von A8 wird erläutert, dass HGÜ-Leitungen einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Natur darstellt. Die geplanten HGÜ-Leitungen sind überdimensioniert und nicht notwendig für die Energiewende.

Im Parteiratsbeschluss vom 15.03.15 sind HGÜ-Leitungen Bestandteil der Energiewende. Sie sollen nach einem berechneten Bedarf ermittelt werden. Die Beweislast soll bei der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur liegen. Die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur haben den Bedarf der HGÜ-Leitungen festgestellt. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion akzeptieren diese Tatsache, ohne die Zahlen zu hinterfragen.

Mit diesem Parteiratsbeschluss wird die grüne Energiepolitik, weg von der regionalen,dezentralen Energiewende in der Hand der Bürgerinnen und Bürger hin zur zentralen Energiewende in die Hand der Konzerne gegeben.

Ein solches zentrales Thema wie die Ausrichtung der Energiewende kann nicht durch einen Parteiratsbeschluss festgelegt werden.

Deshalb müssen wir weg von diesem Parteiratsbeschluss und die Ausrichtung der Energiewende neu mit der Basis diskutieren.

Ä1 Nein zu Antisemitismus! Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu A9

Von Zeile 16 bis 22:

~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen, die GRÜNE JUGEND und ihre Gliederungen und Campusgrün auf, nicht mit BDS zusammenzuarbeiten. Insbesondere fordern wir die Petra-Kelly-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung auf, jegliche Zusammenarbeit sowie finanzielle oder logistische Unterstützung mit und von BDS-Gruppen einzustellen und auch in Zukunft zu unterlassen.~~ Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Ebenso lehnen wir eine Unterstützung von Organisationen ab, die sich klar und aktiv zur BDS-Kampagne bekennen, sowie eine (Mit-) Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen vertreten werden. Wir fordern B90/Die Grünen, die Grüne Jugend, Campusgrün und die Grünen nahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung und Petra-Kelly-Stiftung) auf, sich dieser Position anzuschließen.

Ä1 Altersrenten ähnlich wie in Österreich

Antragsteller*in: Hermann Hager

Titel

Ändern in:

Altersrenten Generationengerecht gestalten

Begründung

Ich halte diesen Antrag für völlig unausgegoren. » Daher bitte zurückziehen!

Das Österreichische Rentensystem ist mit unserem überhaupt nicht vergleichbar!

Dort sind etwa 22% Beitrag zu leisten, bei und knapp 19%.

Auch die Alterszusammensetzung ist in Österreich anders als bei uns.

Altersarmut für frühere Geringverdiener lässt sich eher mit besserer Entlohnung oder mit Steuerleistungen lindern.

ABER:

Das darf nicht zulasten der Generationengerechtigkeit gehen.

Die Jungen müssen das ja auch noch leisten können (und wollen).

Zusätzlich zu den vielen Bauwerken (inkl. Strassen, Brücken, ...) die sie künftig erhalten sollen!

Für das Thema Rente gibt es einen AK-Rente und der soll möglichst rasch ein schlüssiges, generationengerechtes Rentensystem ausarbeiten.

Der Vorschlag, sich andere Rentensysteme in Europa anzusehen (es gäbe ja auch das Schweizer Modell) wird dabei sicher berücksichtigt werden.

Ä1 Grüne Geschichte feiern - Organisation des Landtagswahlkampfes 2018

Antragsteller*in: Landesvorstand

Änderungsantrag zu A11

Von Zeile 1 bis 10:

~~Der Landesverband soll die 40-jährige Geschichte von „Die Grünen“ in Bayern zu einem Leitfaden für die Organisation seiner Landtagswahlkampfveranstaltungen 2018 machen. 1978 trat bundesweit zum ersten Mal eine politische Gruppierung unter dem Wahlkennwort „Die Grünen“ zu einer Wahl auf Landesebene an. Deshalb soll der Landesverband die bekannten Daten von „grünen“ politischen Ereignissen aus dem Jahr 1978 zum Anlass nehmen für Wahlkampfveranstaltungen/-feiern an den jeweiligen „historischen Orten“ (oder in der Nähe) — in Zusammenarbeit mit jeweilig interessierten Kreisverbänden — und aus dem Wahlkampfetat eine grüne Chronik der Jahre 1978 — 2018 analog der Chronik des Bundesverbandes für den Landtagswahlkampf herausgeben.~~ 1978 trat bundesweit zum ersten Mal eine politische Gruppierung unter dem Wahlkennwort „Die Grünen“ zu einer Wahl auf Landesebene an. Deshalb empfiehlt der Landesverband den Gliederungen die bekannten Daten von „grünen“ politischen Ereignissen wie Kreisverbandsgründungen und Aufstellungsversammlungen aus dem Jahr 1978 zum Anlass zu nehmen für Wahlkampfveranstaltungen oder Jubiläumsfeiern. Dazu wird der Landesverband eine Handreichung für die Gliederungen für die Veranstaltung von Jubiläumsfeiern auflegen. Zum 40-jährigen Jubiläum des Landesverbands am 7. Oktober 2019 wird eine Chronik erstellt.

Begründung

erfolgt mündlich